



POLEN-ANALYSEN

www.laender-analysen.de/polen

DIE POLNISCHE KLIMA- UND ENERGIEPOLITIK

■ ANALYSE		
»Grüner Konservatismus«? Über die polnische Klima- und Energiepolitik		2
Rafał Riedel, Oppeln		
■ STATISTIK		
Energieverbrauch und Energiequellen		8
■ UMFRAGE		
Einstellungen zum Klimawandel		14
■ NACHRUF		
Würdigung von Paweł Adamowicz (1965 – 2019)		
Ein Oberbürgermeister, der Hoffnung machte		16
Peter Oliver Loew, Darmstadt		
■ CHRONIK		
15. Januar 2019 – 4. Februar 2019		18

»Grüner Konservatismus«? Über die polnische Klima- und Energiepolitik

Rafał Riedel, Oppeln

Zusammenfassung

Zu dem Zeitpunkt, als Deutschland sein letztes Steinkohlebergwerk in Bottrop schloss, entwickelte die polnische Regierung einen Plan, auf welche (neue) Weise der Kohlesektor zu bezuschussen sei. Diese Gegenüberstellung spitzt den Unterschied zwischen der polnischen und der deutschen Herangehensweise an die Klima- und Energiepolitik zu. Die Jahreswende 2018/19 ist aus mehreren Gründen ein guter Zeitpunkt, um einige wichtige Aspekte der aktuellen polnischen Klima- und Energiepolitik zu beleuchten. Im Dezember 2018 fand in Kattowitz (Katowice) die Klimakonferenz der Vereinten Nationen (COP24) statt, die polnische Regierung beriet eine weitere energiepolitische Strategie für Polen und, ebenfalls Ende 2018, fand eine politische Debatte über einen raschen legislativen Weg statt, eine Strompreiserhöhung für das Jahr 2019 zu umgehen. Diese drei Ereignisse veranschaulichen die wichtigsten Probleme und Herausforderungen Polens in der Klima- und Energiepolitik.

Die Dekarbonisierungspolitik in Polen ist aus vielerlei Gründen schwierig, von denen drei hier näher vorgestellt werden. Erstens ihre Ausgangslage – mehr als 90 Prozent des Energiemixes machen Kohlenwasserstoffverbindungen aus. Zweitens sind die vergleichsweise reichen Kohlevorkommen eine Art Fluch und wenig hilfreich für eine moderne, grüne Energiepolitik. Drittens stellen die aus der vergangenen Epoche geerbten starken Gewerkschaften im Bergbausektor eine gut organisierte Interessenvertretung dar, die sich für die Aufrechterhaltung des Status quo im Energiesektor einsetzt.

Vor allem aber muss auf den vollkommenen Mangel an Verantwortungsbewusstsein bei den politischen Eliten, egal welcher Partei, hingewiesen werden, die seit Jahrzehnten auf effektive Modernisierungsschritte verzichten, die die polnische Energiepolitik aus der Dämmerung des 19. Jahrhunderts herausführen würden. Die von der Dynamik des politischen Lebens in Polen diktierte Kurzsichtigkeit erlaubt es nicht, langfristige Ziele umzusetzen, die aber für Handlungen im Bereich Klima und Energie typisch sind. Dies ist vor allem ein Problem der politischen Kultur in Polen, deren Spezifik es nicht erlaubt, eine ausgewogene Klima- und Umweltschutzpolitik auszuarbeiten. Es ist kein Zufall, dass es im polnischen Parteiensystem keine klassische »grüne Partei« gibt und die ökologische Agenda in der politischen Debatte vollkommen marginalisiert wird.

COP24 – der Klimagipfel 2018 in Kattowitz

Im Dezember 2018 war Polen Gastgeber des UN-Klimagipfels. Beschlossen wurde das »Kattowitzer Paket«, das heißt gemeinsame Regeln für die praktische Umsetzung des Pariser Klimaabkommens von 2015. Allerdings trug die Organisation des Gipfels in Polen nicht dazu bei, die Qualität der Diskussion über die polnischen Probleme der Energiepolitik zu stärken. Im Gegenteil,

der Gipfel im Dezember wurde in die politische Zauberei integriert, die sich jedes Jahr zu dieser Jahreszeit in Oberschlesien (Górny Śląsk) abspielt. Oberschlesien mit seiner Hauptstadt Kattowitz ist das wichtigste Kohlebecken in Polen; dort sind die meisten Bergleute der Europäischen Union beschäftigt. Der in Oberschlesien populäre Tag der Heiligen Barbara, der Patronin der Bergleute, am 4. Dezember ist seit kommunistischen Zeiten traditionell mit Besuchen politischer Würdenträger und nicht enden wollenden Versprechungen für die Bergbaulobby verbunden. Am 3. Dezember 2018, also am Vorabend des Feiertags der Bergarbeiter, besuchte Präsident Andrzej Duda den Klimagipfel und stellte fest, dass Polen wirksam gegen die Luftverschmutzung kämpfe und dies auch weiterhin tun werde. Gleichzeitig verteidigte er hartnäckig die intensive Kohleförderung in Polen, die Polen in die Spitzengruppe der Umweltsünder auf dem Alten Kontinent platziert. Ministerpräsident Mateusz Morawiecki trieb wiederum in die weiten Regionen wunschgeprägter Phantasie ab, als er kundtat, dass Polen einer der führenden Akteure bei Maßnahmen zur Beschränkung der globalen Erwärmung sei. Das ist Polen nicht. Die Fakten vermitteln genau gegenteilige Ergebnisse.

Inzwischen hat eine Rechtsänderung der regierenden Partei Recht und Gerechtigkeit (*Prawo i Sprawiedliwość – PiS*) neue Investitionen in Windkraftanlagen auf dem Land in Polen unmöglich gemacht. Das Prosumenten-Gesetz [Konsumenten, die gleichzeitig Produzenten sind, d.Red.] wurde bereits in den ersten Tagen der Regierung der damaligen Ministerpräsidentin Beata Szydło (*PiS*) erfolgreich neutralisiert. Dafür pumpte die Regierung Milliarden Euro Steuergelder in die Bergbauindustrie und umging auf diese und andere Weise gewieft das EU-Verbot von unberechtigter Hilfe der öffentlichen Hand.

Ministerpräsident Morawiecki ist der Meinung, dass Polen die CO₂-Emissionen vor allem durch die Vergrößerung der Waldflächen reduziert, was jedoch nicht der Wahrheit entspricht. Obwohl diese Argumentation sogar für einen nur halbwegs aufgeklärten Beobachter lächerlich klingt, scheint sie unter den polnischen Bedingungen der bedauernswert geringen Qualität der politischen Debatte Wirkung zu erzielen. Die Wähler bleiben unempfindlich oder taub gegenüber den Stimmen der Ökologen. Es reicht hier die Bemerkung, dass nach 1989 in der polnischen politischen Landschaft keine bedeutende politische Kraft auftrat, die Fragen des Umweltschutzes mit der gebührenden Aufmerksamkeit behandelt hätte.

Im Dezember 2018 zog eine ganze Gruppe führender Politiker der Regierungspartei durch Kattowitz und überholte sich gegenseitig in mehr oder weniger phantasievollen Diagnosen und Erklärungen zu Klima und Energie. Der gemeinsame Nenner aller gehörten Äußerungen der Regierungsvertreter war allerdings, dass sie aus falschen Prämissen abgeleitet wurden, sich auf falsche Daten und unlautere Absichten stützten. Die polnischen Regierenden stehen denen nahe, die entweder die Tatsache der Klimaerwärmung in Frage stellen oder zumindest die Rolle des Menschen in diesem Prozess.

Der Klimagipfel in Kattowitz, dessen Hauptthema die Dekarbonisierung der Wirtschaft war, wurde zur Arena einer peinlichen Reputationskatastrophe der polnischen Regierung. Bereits am ersten Abend wurde Polen von der Organisation *Climate Action Network Europe*, die für Maßnahmen gegen den Klimawandel kämpft, der Titel »Dinosaurier des Jahres« verliehen, der für das am schlechtesten dastehende Land in der Gruppe der teilnehmenden Länder bestimmt ist. Auch als Verhandlungsführer bewährte sich Polen schlecht, denn als Volkswirtschaft, die von Kohlenwasserstoff in einem ähnlich hohen Maße wie Saudi Arabien abhängig ist, fehlt es ihm an Glaubwürdigkeit. Nicht unwichtig ist außerdem, dass der Gipfel von den Hauptentscheidungsträgern der globalen Politik ziemlich ignoriert wurde. Im Unterschied zu den vorangegangenen Klimagipfeln beispielsweise in Kopenhagen und Paris nahmen am Kattowitzer Gipfel weder die deutsche Kanzlerin Angela Merkel noch der französische Präsident Emmanuel Macron teil, von US-Präsident Donald Trump ganz zu schweigen. Den Klimagipfel in Kattowitz zu veranstalten ist an sich schon sonderbar und seine Eröffnung am Tag der Heiligen Barbara umso mehr. Kattowitz ist das Symbol für die Bergbauindustrie, die Hauptstadt der polnischen (und der europäischen) Kohle. Die Sponsoren des Gipfels waren die größten Umweltverschmutzer – die Jastrzębska Spółka Węglowa (Jastrzębier Kohlegesellschaft), die Polska Grupa Energetyczna (Pol-

nische Energiegruppe) und TAURON – mit dem Kraftwerk Belchatów an der Spitze (Jahresemission von zirka 40 Millionen Tonnen CO₂), doch die polnischen Gastgeber verteidigten um die Wette die polnische Kohle. Den Gipfelteilnehmern setzte der für polnische Städte typische Smog zu (36 der 50 am stärksten verschmutzten Städte Europas liegen in Polen). Die Luft in Polen ist so schlecht wie nirgendwo in der Europäischen Union. Umgerechnet auf 1.000 Einwohner, sterben in Polen an Krankheiten infolge von Luftverschmutzung doppelt so viele Menschen wie in Deutschland und dreimal so viele wie in Frankreich. Der Bericht über die Kosten für die Gesundheit, verursacht durch die Emissionen der Privathaushalte, den das Ministerium für Industrie und Technologie vorstellte, enthält alarmierende Daten. Die Rechnung für den Smog beläuft sich auf 19.000 vorzeitige Todesfälle und 30 Milliarden Zloty Verlust. Dieser Bericht wurde nicht ohne Grund gerade in der Zeit veröffentlicht, als das Energieressort von Krzysztof Tchórzewski die Qualitätsnormen für die Kohle bekannt gegeben hatte. Demnach kann in Polen Kohle jedweder Qualität verfeuert werden, sogar solche, die dem Abfall nahekommt.

Unter den Teilnehmern des Gipfels in Kattowitz dominierte mit Blick auf die Dringlichkeit der Herausforderungen, vor denen wir stehen, ein alarmierter Ton – interessanterweise mit Ausnahme der Gastgeber. Die Repräsentanten der polnischen Regierung bewahrten als einzige ihr Wohlbehagen, vor allem, wenn es um sie selbst ging. Mehr noch, sie zögerten auch nicht, es der Welt zu demonstrieren. Wenn die offizielle Narration nichts mit den Fakten gemein hatte – umso schlechter für die Fakten. Der polnische Präsident Andrzej Duda brillierte bereits mit vielen verblüffenden Äußerungen. Mal erklärte er, dass er nicht verstehe, warum die Europäische Union die traditionellen 100 Watt Glühbirnen verboten hat. Mal behauptete er, dass der »grüne Kreuzzug« von nicht-polnischen Interessen inspiriert sei, und er erklärte, dass er die polnische Kohle nicht »ermorden« lassen werde. Für die polnische Regierung zählt nur der politische Binnenmarkt. Der Bergbaubasis gelang es mit ihren Gewerkschaften, ihre Privilegien aufrechtzuerhalten, und, was noch wichtiger ist, die dominierende Position der Steinkohle im polnischen Energiemix. Die polnische Regierung, Gastgeber des COP24, unternahm viel, um der Welt ihre Einstellung sowohl zum Problem als auch zu den verschriebenen Lösungen zu zeigen. Auf der Prioritätenliste der *PiS* scheint die globale Katastrophe infolge der Klimaerwärmung nichts zu sein im Vergleich zu den Parlamentswahlen im Jahr 2019.

Die Aussagen führender Entscheidungsträger der *PiS*-Regierung lassen sich als eine Art ökologische Trolle klassifizieren. Der ehemalige Außenminister Witold

Waszczykowski stellte eloquent fest, dass »Klimaschutz die Rückkehr auf die Bäume oder in die Erdhöhlen« bedeuten könne. Seine Unterstellungen, die im gegenwärtigen Diskurs in Polen als Argumente ausreichen, suggerierten, dass Klimafragen ein politisches Argument seien. »Seien wir nicht naiv, dass dahinter einzig und allein der Wunsch nach Klimaschutz steht. Dahinter stehen mächtige Interessen, vor allem wirtschaftliche.« Ein anderer medial aktiver PiS-Politiker, Bogdan Pęk, hatte keine Zweifel, dass die Erzählung von der globalen Erwärmung die größte Irreführung in der Geschichte der Menschheit sei. Hinter all dem stünde natürlich eine Verschwörung der Banken und ein »nationalererrat«. Seiner Meinung nach kommen die Wissenschaftler, die der Theorie vom Einfluss des Menschen auf das Klima widersprechen, in den Medien nicht gebührend zu Gehör, und das sei der Hauptgrund für die Desinformation in Bezug auf dieses Thema. Der Journalist des regierungsnahen öffentlichen Fernsehens Michał Rachoń suchte während einer Diskussion über die erwartete Erhöhung der Strompreise die Zuschauer zu überzeugen, dass die Europäische Union mit ihrer proökologischen Politik die Quelle des Problems sei. Sein Hauptargument war, dass im Mineralwasser, das er trinkt, auch CO₂ sei, es aber »nicht vergiftet«. Obgleich dieses Diskussionsniveau schockieren mag, ändert es doch nichts an der Tatsache, dass es in Polen real ist.

»Grüner Konservatismus« oder Fahrkarte für die Titanic?

Vor dem Hintergrund einer so unterkomplex geführten Diskussion erscheint die Stimme von Jadwiga Emilewicz, Ministerin für Industrie und Technologie, bemerkenswert, wenn sie die Aktivitäten der polnischen Regierung als »grünen Konservatismus« bezeichnete. Dies ist einer der interessanteren Vorschläge zur Kategorisierung der Politik der polnischen Regierung, die gegen die Modernisierung gerichtet ist. Die Ministerin sagte nämlich, dass das unlängst vorgestellte neue Konzept der Energiepolitik Polens bis zum Jahr 2040 eine »sehr radikale Reduktion der kohlebasierten Energieproduktion für die nächsten drei Jahrzehnte« vorsehe. »Folglich sind wir uns dessen bewusst, dass diese Transformation notwendig ist, aber sie muss gleichzeitig Sicherheit gewähren und sozialverträglich sein.« Die Attraktivität des Vorhabens soll also darin liegen, dass die heute getroffenen Entscheidungen in der Perspektive von Jahrzehnten effektiv sein werden. Hier ist darauf hinzuweisen, dass die Kurzfristigkeit als genetische Eigenschaft des polnischen politischen Systems das langfristige Denken, inklusiv über die Themen des Klimaschutzes, nicht begünstigt. Gleichzeitig steht ein solches Denken im Widerspruch zur Dringlichkeit der

Herausforderungen, vor denen die globale Klimapolitik steht.

Die PiS-Regierung von 2005 bis 2007 hatte sich schon vor über zehn Jahren ähnlich geäußert. Unter dem Vorwand der Prophylaxe und für den evolutionären Charakter von Veränderungen zugunsten ökologischer Ziele werbend, sind in Polen seit Jahrzehnten jedoch eher gegen die Umwelt gerichtete Handlungen und Entscheidungen zu beobachten, das sind Unterlassungen proökologischer Aktivitäten und in vielen Fällen auch deutlich umweltschädliche Aktivitäten. Emilewicz definierte den Begriff »grüner Konservatismus« als Logik, nach der der Zustand der natürlichen Umwelt (mit allen ihren Ressourcen) der kommenden Generation nicht in einer schlechteren Verfassung vererbt werden soll, als derjenigen, die von der vorangegangenen Generation übergeben wurde. Jedoch weder die Handlungen des im Jahr 2018 ausgewechselten Umweltministers Jan Szyszko (beispielsweise in Sachen Białowieża-Urwald) noch die aktuelle Politik im Bereich der erneuerbaren Energien dient der intergenerationellen ökologischen Solidarität. Ein so verstandener »grüner Konservatismus« stellt sich nicht der Tatsache, dass wir in das Anthropozän eingetreten sind, eine Epoche, in der der Mensch eine dauerhaft intervenierende und bewegende Kraft auf geologischer Ebene ist.

Unterdessen ist festzuhalten, dass der »grüne Konservatismus« als politische Kategorie schon vor langer Zeit im öffentlichen Diskurs auftauchte. Er verbindet Begriffe, Vorstellungen, Argumentationen und Begründungen, die sowohl für das konservative als auch das ökologische Denken charakteristisch sind. Diese unkonventionell bezeichnete intellektuelle Bewegung war ihrerseits eine aktuelle Antwort auf die Krise der Gegenwart. Im 19. Jahrhundert tauchte sie im Süden der Vereinigten Staaten als Antwort auf die Herausforderungen bzw. vielmehr die Folgen und Probleme der Industrialisierung auf. Ähnlich war es in Westeuropa, dort konzentrierten sich die Arbeiten Ernst M. Arndts und Wilhelm H. Riehls auf die negativen Folgen der Urbanisierung und Industrialisierung und traten für den Schutz der Wälder und anderer natürlicher Ressourcen ein. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde die Bewegung, die den Schutz der Natur mit der Bewahrung traditioneller Werte verband, vollständig marginalisiert, vor allem aufgrund der Entwicklung der ökologischen Linken. Die gegenwärtige Version des »grünen Konservatismus« entstand als Reaktion auf die Entwicklung der Industrie und die sie begleitende Umweltzerstörung. In den Argumentationen der grünen Konservativen kommt die Überzeugung zum Ausdruck, dass die Zerstörung der Natur und die Zerstörung der historisch gewachsenen gesellschaftlichen Strukturen paral-

le Prozesse sind, die auf ähnliche Quellen und Impulse zurückgehen. Die gegenwärtige Reinkarnation des »grünen Konservatismus« ist zum Beispiel bei den britischen Tories zu finden. Niemand Geringeres als der Premierminister David Cameron wandte sich vom wirtschaftlichen Liberalismus im Stil von Margaret Thatcher ab und setzte auf die ökologische Lebensqualität. Er vollzog damit ein politisches Manöver, das an die vorangegangene Umkehr des Labour-Politikers und Premierministers Tony Blair erinnert, der seine Wählerbasis in der Mitte des politischen Spektrums suchte.

An dieser Stelle lohnt es sich, kurz auf einige fundamentale Berührungspunkte des ökologischen und des konservativen Denkens einzugehen. Die vorherrschende Überzeugung ist, dass es einen grundsätzlichen, schlechthin nicht aufzuhebenden Widerspruch zwischen der konservativen Tradition und dem ökologischen Denken und Empfinden gibt. Der Konservatismus sei ökologisch nicht sensibel und das »grüne Denken« kennzeichnet nur die linken Progressiven mit ihrer aufklärerischen Denkungsart. Das »alte Bürgertum« in Westeuropa ist generell von einer bewahrenden Haltung charakterisiert, die auch Fragen der Umwelt umfasst. Es besteht die Angst vor dem Verlust des Eigenen, Erarbeiteten und gleichzeitig die Ablehnung all dessen, was die existierende Ordnung der Dinge verletzen könnte. Die konservative politische Seite scheint das Feld der Umweltpolitik der Linken überlassen zu haben. Gleichzeitig scheint sich nichts so gut in die konservative Agenda einzuschreiben wie beispielsweise der Schutz der Natur. Daher finden sich in verschiedenen historischen Phasen und an verschiedenen Orten der westlichen Welt auch Fälle, dass die konservative Haltung durch proökologische politische Vorschläge bereichert wird. Die Konservativen nehmen an der Debatte über den Umweltschutz teil und nehmen in ihr Programm viele Punkte der »grünen Agenda« auf, zum Beispiel die Forderung nach Biodiversität.

Die Aversion Konservativer gegenüber radikalen Veränderungen, die gewissermaßen instinktive Vorliebe für den Status quo birgt ein ökologisches Potential. In Zeiten, in denen der wissenschaftliche Konsens suggeriert, dass dynamische Veränderungen auf Kosten der bisherigen Praxis vorgenommen werden müssen, scheinen Konservative jedoch erneut zwei, drei Schritte zurückzubleiben. Die Skepsis gegenüber staatlichen Interventionen in die Prozesse des Marktes ging mit der Priorisierung der Freiheit des Einzelnen als übergeordneter Wert einher (sogar auf Kosten des gemeinsamen Guts, zu dem die Umwelt gehört). Gleichzeitig wird seit dem Philosophen Edmund Burke (1729–1797) der Gesellschaftsvertrag auch intergenerationell verstanden, das heißt zwischen den lebenden sowie den verstorbenen und

den noch nicht geborenen Generationen. Die Menschheit wird als Gemeinschaft aufgefasst, die nicht nur die gegenwärtig lebenden Individuen umfasst, sondern auch die früher bzw. zukünftig lebenden. Im konservativen Denken gibt die Verwurzelung in der Tradition dem Leben eines Menschen einen unersetzbaren Wert, weshalb Konservative im 19. Jahrhundert Gefahren wahrnahmen, die aus der gewaltigen Industrialisierung für die Kontinuität der Kultur im weiten Sinne hervorgingen. Es gibt natürlich nichts Konservativeres, als die Rechte der zukünftigen Generationen auf die Nutzung des Erbes, inklusiv des Naturerbes, zu fordern. Kontinuität scheint ein Schlüsselbegriff für das Verständnis des »grünen Konservatismus« zu sein. Das Paradox der Situation besteht darin, dass viele ökologische Bewegungen eine stark linke, mitunter sogar marxistische Rhetorik verwenden und Werte verteidigen, die ohne Zögern als konservative bestimmt werden können. Unter den Wegbereitern des ökologischen Denkens finden sich viele Konservative, obwohl für viele die Verbindung von Umweltschutz und Konservatismus wie die Verbindung von Feuer und Wasser klingt.

Indessen scheinen die polnischen grünen Konservativen diesen Weg der Verbindung von Umweltschutz und Konservatismus nicht gehen und uns vor der Moderne retten zu wollen. Sie bieten ein Antimoderne-Programm an, das in einem nativistischen Weltbild verankert ist. In Polen sieht es so aus, dass der Konservatismus in der Ausgabe der aktuell regierenden *PiS* jedwede Glaubwürdigkeit auf dem Feld der Umweltpolitik verloren hat. Die Aktivitäten des mittlerweile ehemaligen Umweltministers Jan Szyszko (nicht nur in Bezug auf den Białowieża Urwald), die Vorliebe des fast gesamten Milieus für die Jagd (mit der bedeutenden Ausnahme Jarosław Kaczyńskis) scheint ein wesentliches weltanschauliches Symptom zu sein. Konkrete Handlungen, die dazu führten, dass die Prosumenten-Bewegung erschlagen wurde, bevor sie eigentlich in der Lage war, geboren zu werden, versetzen dem Konzept der Energiediversität, die von der Europäischen Union so stark beworben wird, einen direkten Schlag. Eine Änderung in der Politik im Bereich von Entscheidungen über die Lokalisierung von Windrädern hat den Bau von sowohl Kleininstallationen als auch großen Windradparks unmöglich gemacht.

Im polnischen Kontext muss auch die Frage gestellt werden, wie die Religion und der Konservatismus in der aktuellen ökologischen Debatte zusammenspielen. Anzunehmen wäre, dass der katholische Konservatismus, wenn er authentisch und reflektiert ist, in seinem Wesen »grün« sein müsste und sollte. Das Thema Umweltschutz scheint nicht nur in der Bibel, sowohl im Alten als auch im Neuen Testament, durch, sondern

auch in der aktuellen Enzyklika »Laudatio si« (2015). Das Problem besteht darin, dass die Enzyklika nicht gut aufgenommen wurde, sogar in katholischen Kreisen, die Papst Franziskus beschuldigen, der »Propaganda der Ökologen« zu unterliegen und »neuerungssüchtige Thesen« zu vertreten. Insbesondere angesichts der Säkularisierungstendenzen, die gegenwärtig in Polen zu beobachten sind, scheint die Wirkmächtigkeit der Kirche allerdings an Bedeutung zu verlieren.

Der Tanz auf der Titanic – wenn die Unterlassungen zum Feind werden

Der neueste Akt im Kampf an der klima- und energiepolitischen Front in Polen ist die Schlacht mit der Absicht, im Wahljahr 2019 die Strompreise nicht anzuheben. Allein die Tatsache, dass sich die Parlamentarier mit dieser Sache im Eilverfahren und am Ende des Jahres – zwischen den Weihnachtsfeiertagen und Silvester 2018 – beschäftigten, legt nahe, dass es der Regierung an jedwedem strategischen Denken fehlt, das über den sofortigen politischen Nutzen mit Blick auf die Parlamentswahlen im Herbst 2019 hinausreichen würde. Die Diskussion über die Zufinanzierung für Privathaushalte, die die Strompreiserhöhungen auffangen sollen, wird so verständlich. In Anbetracht der erwarteten gesellschaftlichen Unzufriedenheit, die eine Strompreiserhöhung auslösen würde, suchte die *PiS*-Regierung nach Möglichkeiten, dieser Situation zu entkommen. In Erwägung gezogen wurden »ungarische« Lösungen, das heißt die genannten Zahlungen an die Privathaushalte zur Kompensation der Erhöhungen. Doch angesichts des inflationstreibenden Potentials bevorstehender Erhöhungen sowie der Möglichkeit, dass die Europäische Kommission ein solches Vorgehen in Frage stellt, verzichtete die *PiS*-Regierung auf diese Lösung.

Die Subventionierung der Strompreise ist auch mit Blick auf die Ziele des europäischen Klima-Energie-Pakets kontraproduktiv. Vor allem im Zusammenhang damit, dass der Löwenanteil des Stroms in Polen aus Kohle gewonnen wird. Als im Rahmen des europäischen *Emissions Trading System (ETS)* die Preise für die Zertifikate zum CO₂-Ausstoß um 5 Euro pro Tonne Kohlendioxid oszillierten, spürte der polnische Energiesektor die Existenz des *ETS* überhaupt nicht (nach Schätzungen der Europäischen Kommission ist ein Preis von mehr als 20 Euro pro Tonne Emissionen ein wirksames Stimulans für die Dekarbonisierung). Gegenwärtig, in der Phase nach der Krise, in der die europäische Wirtschaft wieder in Bewegung ist und sich dies auch in steigenden Preisen der *ETS*-Zertifikate widerspiegelt, sind die polnischen Kraftwerke gezwungen, dies in ihren Bilanzen zu berücksichtigen. Der steigende Preis für Strom, der auf umweltbelastende Weise produziert wird, ist

der Kern des *ETS*-Mechanismus. Seine Idee ist, dass die Emission von Treibhausgasen immer teurer wird. Die polnische Regierung, die polnische Haushalte mittels Zuzahlungen für Strom subventioniert, subventioniert nicht nur ein weiteres Mal die »schmutzige Energie«, sondern – was vielleicht das Wichtigste ist – wirkt kontraproduktiv gegenüber der europäischen Politik in diesem Bereich, deren Teil sie doch ist.

Letztlich wurden die Senkung der Verbrauchssteuer und eine temporäre Abgabe sowie die Nutzung der Einnahmen aus dem Verkauf der »grünen Zertifikate« (insgesamt über 9 Milliarden Zloty) beschlossen, was die polnischen Stromabnehmer (sowohl die individuellen als auch die institutionellen) effektiv vor einer spürbaren Erhöhung bewahren wird. Der Strompreis wird auf diese Weise also abgepuffert. Die Rechnungen steigen nicht, aber es steigen die Produktionskosten für Strom. Letztlich wird die Stromrechnung also anders verteilt: Sie wird nicht proportional von den Verbrauchern gezahlt, sondern die Steuerzahler kommen für sie auf, da die Ausgleichszahlungen dem Haushalt entnommen werden, wofür ein neuer Fonds geschaffen wurde. Dies ändert jedoch nichts an der Tatsache, dass diese Lösung aus Sicht der Klima- und Energiepolitik der EU kontraproduktiv ist. Sie konserviert die aktuelle Situation im polnischen Energiesektor, die Regierung ordnet sich abermals der Bergbaulobby unter und trägt zu weiteren Jahren der Verspätung bei der Entwicklung grüner Energie in Polen bei.

Niemand hegte den geringsten Zweifel, dass diese Aktion politisch motiviert war, nicht einmal die Vertreter der regierenden Partei verbargen diese Tatsache. Das Hauptmotiv für die eilig vorgenommenen Änderungen war das Wahljahr 2019 mit den Wahlen zum Europäischen Parlament sowie zum polnischen Sejm. Die Kosten für das Gesetz schätzt die Regierung auf fast zehn Milliarden Zloty. Diese Summe ist als Subvention für die ineffektiven Gesellschaften des Staatsschatzes, die für die Energieproduktion verantwortlich sind, zu werten. Die steigenden Produktionskosten für die »schmutzige« Energie sind für die polnischen Stromkonsumenten nicht spürbar, weil die Regierung in Warschau einen neutralisierenden Mechanismus einsetzt – der jedoch unter dem Aspekt der von der EU verabschiedeten Lösungen sowie mit Blick auf die Paradigmen der grünen Wirtschaft der Zukunft kontraproduktiv ist.

Fazit

Die aktuelle Situation im polnischen Energiesektor legt nahe, dass die Zeit anbricht, in der sich die Serien von Unterlassungen in der Klima- und Energiepolitik der vorangegangenen polnischen Regierungen in reale Kosten und Gefahren verwandeln. Die Entwicklung einer

effektiven Energieproduktion aus erneuerbaren Quellen bewirkt, dass diese Energie bereits billiger ist als die aus fossilen Brennstoffen. Indessen steckt der polnische Energiesektor, angebunden an die Interessen der Bergbaulobby, den Konjunkturalismus der Politik und den Nativismus der Polen, immer noch in der Epoche des 19. Jahrhunderts fest.

Bisher beschränkte sich die Effektivität der polnischen Regierungen seit 1989 allein darauf, immer neue Energiestrategien zu formulieren. Bevor die Ziele der einen umgesetzt worden waren, wurde bereits eine neue erarbeitet. Aber das ist gar nicht mal von besonderer Bedeutung, denn die Strategien mit einer Perspektive von 20 oder 30 Jahren sind allenfalls das Papier wert, auf dem sie geschrieben wurden.

Die Argumente, dass die einzuführenden Veränderungen evolutionär sein müssen (»grüner Konservatismus«), müssen ad acta gelegt werden. Sie halten der Konfrontation weder mit den alarmierenden Signalen aus der Wissenschaft noch mit den bisherigen Beobachtungen der Aktivitäten der polnischen Regierung stand. Polen erhielt von der Europäischen Union Zeit und Geld (beispielsweise in Form von kostenlosen Emissionsrechten), seinen Energiemix umzugestalten. Bis jetzt wurde die Zeit vergeudet, während der Kohleimport aus Russland nach Polen wächst und in der Heizperiode 2018/19 ein Rekordniveau erzielt. Es wurden also weder das Ziel der Dekarbonisierung noch der Energie-souveränität erreicht.

Gleichzeitig muss unterstrichen werden, dass es hier nicht nur um die Angst der Politiker vor der Kohlelobby geht. Es handelt sich auch um die politische Angst vor

Millionen Polen, die von der billigen Kohle sowohl zum Heizen als auch als in Form von Strom profitieren. Sie haben kein ökologisches Bewusstsein, das es ihnen erlauben würde, die Gefahren wahrzunehmen, die mit der Luftverschmutzung, der Abhängigkeit von Kohlenwasserstoffen und der relativen Preissteigerung für Strom aus konventionellen Quellen einhergehen.

Eine letzte Bemerkung betrifft den europäischen Kontext und die im Vorfeld der anstehenden Wahlen geführten Diskussionen über einen eventuellen Polexit. Die Kosten-Nutzen-Bilanz der polnischen Mitgliedschaft in der Europäischen Union wird in der Zukunft anders ausfallen als heute. Einer ihrer wichtigsten Aspekte werden die Kosten für die Treibhausgasemissionen sein. Wird die aktuelle Energiepolitik fortgesetzt, kann sich herausstellen, dass die Mitgliedschaft Polens in der EU infolge der jahrelangen Unterlassungen und der nicht vollzogenen effektiven Transformation in Richtung grüner Energie unrentabel wird. Die Kosten für die Erlaubnis für CO₂-Emissionen werden steigen und in der Folge werden auch die Kosten für die Energiegewinnung aus fossilen Brennstoffen steigen. Für Polen wird das nicht nur steigende Stromkosten bedeuten, sondern auch weit reichende ökonomische Folgen haben, zum Beispiel für die Inflation und die Konkurrenzfähigkeit der Wirtschaft. Die Kurzsichtigkeit, die seit Jahrzehnten in der polnischen Energiepolitik zu beobachten ist, beginnt Folgen in Form struktureller Entwicklungsbarrieren zu zeigen, die sich negativ auf das langfristige Wachstum auswirken können.

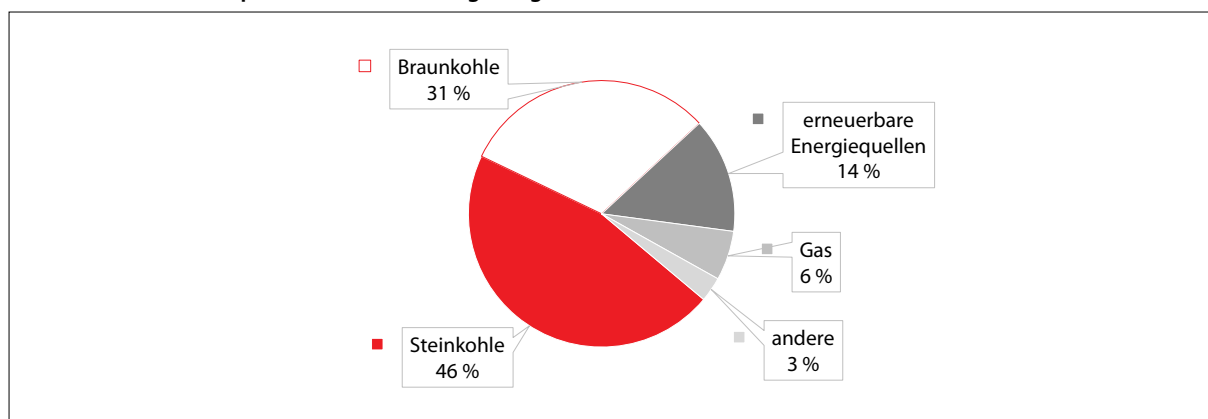
Übersetzung aus dem Polnischen: Silke Plate

Über den Autor

Dr. habil. Rafał Riedel ist Professor am Institut für Politologie der Universität Oppeln (Uniwersytet Opolski) und Lehrbeauftragter an der Universität St. Gallen (Schweiz). Er ist Ko-Leiter des Projekts »Missing Link«: *Examining organized interests in post-communist policy-making*, das von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) und dem Nationalen Wissenschaftszentrum (Narodowe Centrum Nauki – NCN) unterstützt wird.

Energieverbrauch und Energiequellen

Grafik 1: Die Stromproduktion nach Energieträgern 2017



Quelle: Ministerstwo Energii [Energieministerium]: Krajowy plan na rzecz energii i klimatu na lata 2021-2030. Założenia i cele oraz polityki działania. Projekt w. 3.1. [Landesplan für Energie und Klima für die Jahre 2021-2030. Annahmen und Ziele sowie Politiken und Aktivitäten]. 04.01.2019. S. 5. <https://www.gov.pl/web/energia/projekt-krajowego-planu-na-rzecz-energii-i-klimatu-na-lata-2021-2030> (abgerufen am 30.01.2019).

Tabelle 1: Der Endenergieverbrauch nach Sektoren (ktoe); Angaben und Prognosen des Ministeriums bei Fortsetzung der bisherigen Politiken und Instrumente

	2005	2010	2015	2020	2025	2030	2035	2040
Industrie	15 335	14 087	15 044	16 088	16 271	16 462	16 645	16 831
Transport	12 544	17 701	17 275	23 495	24 897	25 790	25 744	25 434
Personentransport	keine Angaben	keine Angaben	9 897	10 996	11 215	11 144	11 063	10 949
Warentransport	keine Angaben	keine Angaben	7 304	12 417	13 598	14 560	14 594	14 398
Sondertransporte	keine Angaben	keine Angaben	79	82	84	86	87	87
Privathaushalte	19 443	21 974	18 868	20 267	20 989	21 615	22 071	22 415
Dienstleistungen	6 724	8 823	7 814	8 811	9 431	9 936	10 286	10 518
Landwirtschaft	4 430	3 704	3 304	3 457	3 491	3 523	3 555	3 585
insgesamt	58 475	66 288	62 304	72 117	75 078	77 327	78 300	78 784

Quelle: Ministerstwo Energii [Energieministerium]: Obecna sytuacja i prognozy przy istniejących politykach i środkach (stan na koniec 2017 r.). Załącznik 1. do Krajowego planu na rzecz energii i klimatu na lata 2021-2030. Projekt w. 3.1 [Aktuelle Situation und Prognosen bei den bestehenden Politiken und Instrumenten (Stand: Ende 2017). Anhang 1 zum Landesplan für Energie und Klima für die Jahre 2021-2030]. 04.01.2019. S. 42. <https://www.gov.pl/web/energia/projekt-krajowego-planu-na-rzecz-energii-i-klimatu-na-lata-2021-2030> (abgerufen am 30.01.2019).

Tabelle 2: Der Endenergieverbrauch nach Brennstoffen und Energieträgern (ktoe); Angaben und Prognosen des Ministeriums bei Fortsetzung der bisherigen Politiken und Instrumente

	2005	2010	2015	2020	2025	2030	2035	2040
Strom	9 029	10 206	10 990	12 241	13 247	14 255	15 151	16 019
Netzwärme	6 638	6 547	5 462	5 759	6 013	6 202	6 376	6 558
Kohle	13 055	14 338	12 177	11 936	11 081	10 291	9 591	8 969
Erdölprodukte	17 849	20 678	19 196	24 621	25 656	26 178	25 890	25 407
Erdgas	7 919	8 894	8 506	9 877	10 819	11 583	12 053	12 293
Biogas	40	48	78	90	104	121	142	170
Biomasse	3 755	4 303	4 489	5 146	5 324	5 469	5 610	5 744
Biokraftstoff	55	867	787	1 579	1 681	1 739	1 715	1 673
kommunale und Industrieabfälle	136	380	526	666	704	714	725	738
Sonnenkollektoren, Wärmepumpen, Geothermiepumpen	0	27	93	203	450	777	1 047	1 213
insgesamt	58 475	66 288	62 304	72 117	75 078	77 327	78 300	78 784

Quelle: Ministerstwo Energii [Energieministerium]: Obecna sytuacja i prognozy przy istniejących politykach i środkach (stan na koniec 2017 r.). Załącznik 1. do Krajowego planu na rzecz energii i klimatu na lata 2021-2030. Projekt w. 3.1 [Aktuelle Situation und Prognosen bei den bestehenden Politiken und Instrumenten (Stand: Ende 2017). Anhang 1 zum Landesplan für Energie und Klima für die Jahre 2021-2030]. 04.01.2019. S. 44. <https://www.gov.pl/web/energia/projekt-krajowego-planu-na-rzecz-energii-i-klimatu-na-lata-2021-2030> (abgerufen am 30.01.2019).

Tabelle 3: Die landesweite Förderung bzw. Produktion von Brennstoffen (ktoe); Angaben und Prognosen des Ministeriums bei Fortsetzung der bisherigen Politiken und Instrumente

	2005	2010	2015	2020	2025	2030	2035	2040
Steinkohle	45 736	35 302	32 136	31 868	31 082	30 605	25 000	21 768
Kokskohle	9 948	8 216	9 155	10 089	10 183	10 261	10 336	10 410
Koks	5 721	6 701	6 666	7 198	7 358	7 491	7 610	7 722
Braunkohle	12 736	11 559	12 299	10 336	10 915	10 906	8 106	2 829
Erdöl	840	681	914	1 000	1 000	1 000	1 000	1 000
Erdgas	3 884	3 693	3 683	3 595	3 627	3 653	3 675	3 694
Kernbrennstoff	0	0	0	0	0	0	0	0
Biokraftstoff	117	446	936	1 100	1 171	1 212	1 195	1 167
Biomasse	4 166	5 866	6 268	7 022	7 078	7 535	7 951	8 400

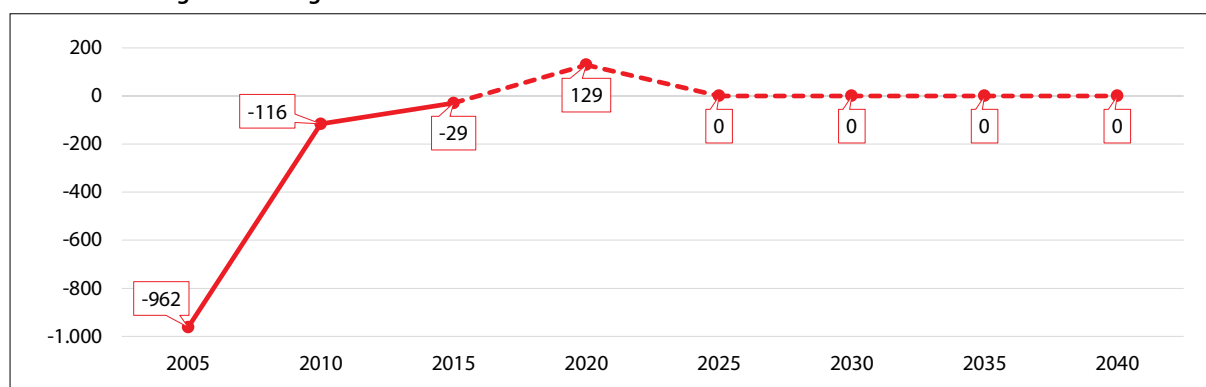
Quelle: Ministerstwo Energii [Energieministerium]: Obecna sytuacja i prognozy przy istniejących politykach i środkach (stan na koniec 2017 r.). Załącznik 1. do Krajowego planu na rzecz energii i klimatu na lata 2021-2030. Projekt w. 3.1 [Aktuelle Situation und Prognosen bei den bestehenden Politiken und Instrumenten (Stand: Ende 2017). Anhang 1 zum Landesplan für Energie und Klima für die Jahre 2021-2030]. 04.01.2019. S. 63. <https://www.gov.pl/web/energia/projekt-krajowego-planu-na-rzecz-energii-i-klimatu-na-lata-2021-2030> (abgerufen am 30.01.2019).

Tabelle 4: Die landesweite Förderung bzw. Produktion von Brennstoffen (ktoe); Prognosen des Ministeriums unter Berücksichtigung der Ziele der EU-Energieunion

	2005	2010	2015	2020	2025	2030	2035	2040
Steinkohle	45 736	35 302	32 136	30 380	29 045	23 761	21 446	18 173
Kokskohle	9 948	8 216	9 155	9 831	9 834	9 848	9 882	9 925
Koks	5 721	6 701	6 666	7 010	7 103	7 188	7 277	7 364
Braunkohle	12 736	11 559	12 299	11 473	11 056	10 897	5 344	2 176
Erdöl	840	681	914	1 000	1 000	1 000	1 000	1 000
Erdgas	3 884	3 693	3 683	3 595	3 627	3 653	3 675	3 694
Kernbrennstoff	0	0	0	0	0	0	0	0
Biokraftstoff	117	446	936	1 100	1 070	1 041	1 013	985
Biomasse	4 166	5 866	6 268	6 761	7 832	8 568	9 128	9 741

Quelle: Ministerstwo Energii [Energieministerium]: Ocena skutków planowanych polityk i środków. Załącznik 2. do Krajowego planu na rzecz energii i klimatu na lata 2021-2030. Projekt w. 3.1. [Die Folgenbewertung der geplanten Politiken und Instrumente. Anhang 2 zum Landesplan für Energie und Klima für die Jahre 2021-2030]. 04.01.2019. S. 52. <https://www.gov.pl/web/energia/projekt-krajowego-planu-na-rzecz-energii-i-klimatu-na-lata-2021-2030> (abgerufen am 30.01.2019).

Grafik 2: Der Import-Export-Saldo netto von Strom (ktoe); Angaben und Prognosen des Ministeriums bei Fortsetzung der bisherigen Politiken und Instrumente



»minus« bedeutet Export; »plus« bedeutet Import

Quelle: Ministerstwo Energii [Energieministerium]: Obecna sytuacja i prognozy przy istniejących politykach i środkach (stan na koniec 2017 r.). Załącznik 1. do Krajowego planu na rzecz energii i klimatu na lata 2021-2030. Projekt w. 3.1 [Aktuelle Situation und Prognosen bei den bestehenden Politiken und Instrumenten (Stand: Ende 2017). Anhang 1 zum Landesplan für Energie und Klima für die Jahre 2021-2030]. 04.01.2019. S. 63. <https://www.gov.pl/web/energia/projekt-krajowego-planu-na-rzecz-energii-i-klimatu-na-lata-2021-2030> (abgerufen am 30.01.2019).

Tabelle 5: Der Import-Export-Saldo netto nach Brennstoffen (ktoe); Angaben und Prognosen des Ministeriums bei Fortsetzung der bisherigen Politiken und Instrumente

	2005	2010	2015	2020	2025	2030	2035	2040
Steinkohle	-8 161	489	-1 588	-382	-315	-240	-755	-1 019
Kokskohle	-1 801	944	275	57	148	223	286	342
Koks	-3 068	-4 227	-4 333	-4 597	-4 759	-4 893	-5 006	-5 105
Braunkohle	-2	-19	16	14	14	14	11	4
Erdöl	17 751	22 491	26 103	27 363	28 971	30 115	30 529	30 697
Erdgas	8 531	8 874	9 947	13 053	14 612	15 584	19 008	21 371
Kernbrennstoff	0	0	0	0	0	0	2 668	8 003
Biokraftstoff	-65	427	-144	480	511	529	522	509
Biomasse	0	0	506	517	522	567	607	651

»minus« bedeutet Export; »plus« bedeutet Import

Quelle: Ministerstwo Energii [Energieministerium]: Obecna sytuacja i prognozy przy istniejących politykach i środkach (stan na koniec 2017 r.). Załącznik 1. do Krajowego planu na rzecz energii i klimatu na lata 2021-2030. Projekt w. 3.1 [Aktuelle Situation und Prognosen bei den bestehenden Politiken und Instrumenten (Stand: Ende 2017). Anhang 1 zum Landesplan für Energie und Klima für die Jahre 2021-2030]. 04.01.2019. S. 64. <https://www.gov.pl/web/energia/projekt-krajowego-planu-na-rzecz-energii-i-klimatu-na-lata-2021-2030> (abgerufen am 30.01.2019).

Tabelle 6: Die Abhängigkeit des Energieimports von Drittstaaten; Angaben und Prognosen des Ministeriums bei Fortsetzung der bisherigen Politiken und Instrumente

	2005	2010	2015	2020	2025	2030	2035	2040
Strom	1,4%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%
Steinkohle	4,2%	13,1%	8,6%	9,2%	9,2%	9,2%	9,2%	9,2%
Kokskohle	0,3%	18,2%	17,2%	14,5%	15,3%	15,9%	16,5%	16,9%
Koks	0,5%	1,2%	2,1%	3,4%	3,7%	3,9%	4,1%	4,2%
Braunkohle	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%
Erdöl	98,0%	98,2%	101,2%	97,3%	97,4%	97,5%	97,5%	97,6%
Erdgas	67,7%	61,7%	52,5%	58,6%	56,1%	53,5%	52,3%	50,7%
Kernbrennstoff	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	100,0%	100,0%
Biokraftstoff	0,0%	0,0%	5,4%	5,6%	5,6%	5,6%	5,6%	5,6%
Biomasse	0,0%	0,0%	8,7%	7,9%	7,9%	7,9%	7,9%	7,9%

Quelle: Ministerstwo Energii [Energieministerium]: Obecna sytuacja i prognozy przy istniejących politykach i środkach (stan na koniec 2017 r.). Załącznik 1. do Krajowego planu na rzecz energii i klimatu na lata 2021-2030. Projekt w. 3.1 [Aktuelle Situation und Prognosen bei den bestehenden Politiken und Instrumenten (Stand: Ende 2017). Anhang 1 zum Landesplan für Energie und Klima für die Jahre 2021-2030]. 04.01.2019. S. 64. <https://www.gov.pl/web/energia/projekt-krajowego-planu-na-rzecz-energii-i-klimatu-na-lata-2021-2030> (abgerufen am 30.01.2019).

Tabelle 7: Die Abhängigkeit des Energieimports von Drittstaaten; Prognosen des Ministeriums unter Berücksichtigung der Ziele der EU-Energieunion

	2005	2010	2015	2020	2025	2030	2035	2040
Strom	1,4%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%
Steinkohle	4,2%	13,1%	8,6%	9,2%	0,9%	0,5%	0,5%	0,5%
Kokskohle	0,3%	18,2%	17,2%	14,8%	15,8%	16,6%	17,2%	17,7%
Koks	0,5%	1,2%	2,1%	3,7%	4,1%	4,5%	4,7%	4,9%
Braunkohle	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%
Erdöl	98,0%	98,2%	101,2%	97,1%	97,2%	97,2%	97,2%	97,2%
Erdgas	67,7%	61,7%	52,5%	58,7%	62,9%	65,5%	68,1%	70,1%
Kernbrennstoff	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	100,0%	100,0%
Biokraftstoff	0,0%	0,0%	5,4%	3,0%	3,0%	3,0%	3,0%	3,0%
Biomasse	0,0%	0,0%	8,7%	8,0%	8,0%	8,0%	8,0%	8,0%

Quelle: Ministerstwo Energii [Energieministerium]: Ocena skutków planowanych polityk i środków. Załącznik 2. do Krajowego planu na rzecz energii i klimatu na lata 2021-2030. Projekt w. 3.1. [Die Folgenbewertung der geplanten Politiken und Instrumente. Anhang 2 zum Landesplan für Energie und Klima für die Jahre 2021-2030]. 04.01.2019. S. 54. <https://www.gov.pl/web/energia/projekt-krajowego-planu-na-rzecz-energii-i-klimatu-na-lata-2021-2030> (abgerufen am 30.01.2019).

Tabelle 8: Die Hauptimportquellen für Brennstoffe und Energieträger (Staaten); Angaben und Prognosen des Ministeriums bei Fortsetzung der bisherigen Politiken und Instrumente

	2005	2010	2015	2020	2025	2030	2035	2040
Strom	Deutschland	Deutschland	Deutschland	Deutschland	Deutschland	Deutschland	Deutschland	Deutschland
	Ukraine	Schweden	Schweden	Schweden	Schweden	Schweden	Schweden	Schweden
	Belarus	Tschechien	Tschechien	Litauen	Litauen	Litauen	Litauen	Litauen
Steinkohle	Russland	Russland	Russland	Russland	Russland	Russland	Russland	Russland
	Ukraine	Tschechien	Tschechien					
		Ukraine	Kolumbien					
		Kasachstan						
Kokssteinkohle	Tschechien	USA	Australien	Australien	Australien	Australien	Australien	Australien
	Australien	Tschechien	Tschechien	USA	USA	USA	USA	USA
	Deutschland	Australien	USA	Russland	Russland	Russland	Russland	Russland
Koks	Tschechien	Tschechien	Russland	Russland	Russland	Russland	Russland	Russland
		Russland						
Braunkohle	-	Deutschland	Tschechien	Deutschland	Deutschland	Deutschland	Deutschland	Deutschland
			Deutschland					
Erdöl	Russland	Russland	Russland	Russland	Russland	Russland	Russland	Russland
		Norwegen	Irak					
Erdgas	Russland	Russland	Russland	Russland	Norwegen	Norwegen	Norwegen	Norwegen
	Usbekistan	Deutschland	Deutschland	Deutschland	Russland	Russland	Russland	Russland
	Kasachstan				Deutschland	Deutschland	Deutschland	Deutschland
Kernbrennstoff	-	-	-	-	-	-	keine Angaben	keine Angaben
Biokraftstoff	-	keine Angaben	Deutschland	Deutschland	Deutschland	Deutschland	Deutschland	Deutschland
	-	-	Niederlande					
	-	-	Schweiz					
Biomasse	-	keine Angaben	keine Angaben	keine Angaben	keine Angaben	keine Angaben	keine Angaben	keine Angaben

Quelle: Ministerstwo Energii [Energieministerium]: Obecna sytuacja i prognozy przy istniejących politykach i środkach (stan na koniec 2017 r.). Załącznik 1. do Krajowego planu na rzecz energii i klimatu na lata 2021-2030. Projekt w. 3.1 [Aktuelle Situation und Prognosen bei den bestehenden Politiken und Instrumenten (Stand: Ende 2017). Anhang 1 zum Landesplan für Energie und Klima für die Jahre 2021-2030]. 04.01.2019. S. 65. <https://www.gov.pl/web/energia/projekt-krajowego-planu-na-rzecz-energii-i-klimatu-na-lata-2021-2030> (abgerufen am 30.01.2019).

Tabelle 9: Die Hauptimportquellen für Brennstoffe und Energieträger (Staaten); Prognosen des Ministeriums unter Berücksichtigung der Ziele der EU-Energieunion

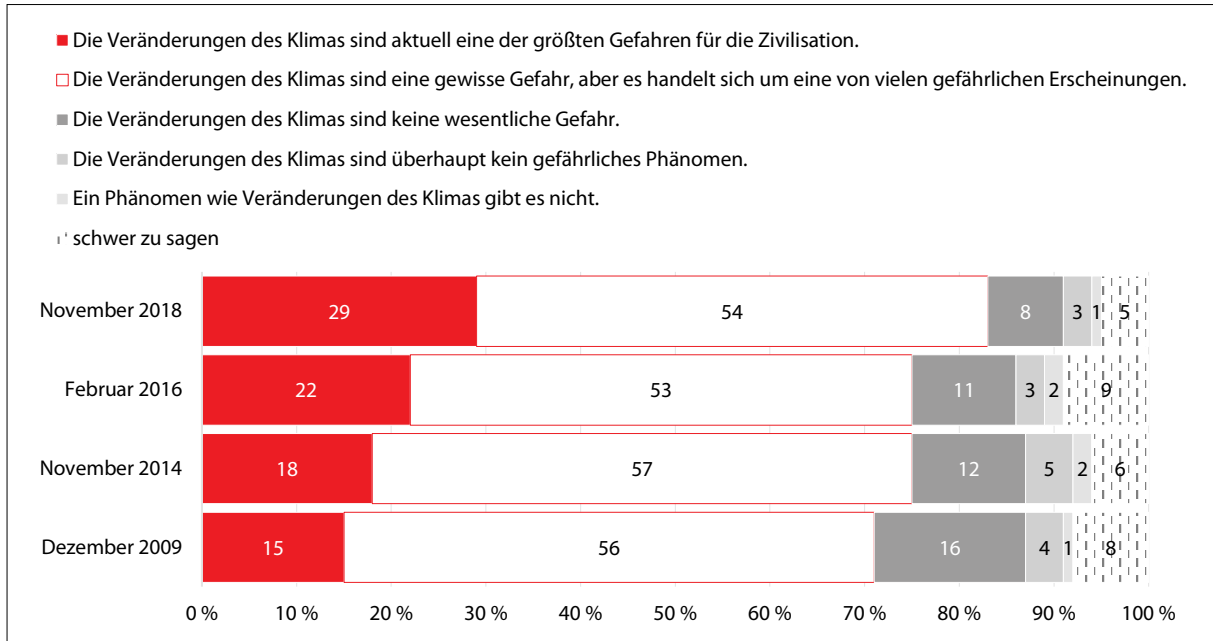
	2005	2010	2015	2020	2025	2030	2035	2040
Strom	Deutschland	Deutschland	Deutschland	Deutschland	Deutschland	Deutschland	Deutschland	Deutschland
	Ukraine	Schweden	Schweden	Schweden	Schweden	Schweden	Schweden	Schweden
	Belarus	Tschechien	Tschechien	Litauen	Litauen	Litauen	Litauen	Litauen
Steinkohle	Russland	Russland	Russland	Russland	Russland	Russland	Russland	Russland
	Ukraine	Tschechien	Tschechien					
		Ukraine	Kolumbien					
		Kasachstan						
Kokssteinkohle	Tschechien	USA	Australien	Australien	Australien	Australien	Australien	Australien
	Australien	Tschechien	Tschechien	USA	USA	USA	USA	USA
	Deutschland	Australien	USA	Russland	Russland	Russland	Russland	Russland
Koks	Tschechien	Tschechien	Russland	Russland	Russland	Russland	Russland	Russland
		Russland						
Braunkohle	-	Deutschland	Tschechien	Deutschland	Deutschland	Deutschland	Deutschland	Deutschland
			Deutschland					
Erdöl	Russland	Russland	Russland	Russland	Russland	Russland	Russland	Russland
		Norwegen	Irak					
Erdgas	Russland	Russland	Russland	Russland	Norwegen	Norwegen	Norwegen	Norwegen
	Usbekistan	Deutschland	Deutschland	Deutschland	USA	USA	USA	USA
	Kasachstan			USA	Deutschland	Deutschland	Deutschland	Deutschland
Kernbrennstoff	-	-	-	-	-	-	keine Angaben	keine Angaben
Biokraftstoff	-	keine Angaben	Deutschland	Deutschland	Deutschland	Deutschland	Deutschland	Deutschland
	-	-	Niederlande					
	-	-	Schweiz					
Biomasse	-	keine Angaben	keine Angaben	keine Angaben	keine Angaben	keine Angaben	keine Angaben	keine Angaben

Quelle: Ministerstwo Energii [Energeministerium]: Ocena skutków planowanych polityk i środków. Załącznik 2. do Krajowego planu na rzecz energii i klimatu na lata 2021-2030. Projekt w. 3.1. [Die Folgenbewertung der geplanten Politiken und Instrumente. Anhang 2 zum Landesplan für Energie und Klima für die Jahre 2021-2030]. 04.01.2019. S. 54 f. <https://www.gov.pl/web/energia/projekt-krajowego-planu-na-rzecz-energii-i-klimatu-na-lata-2021-2030> (abgerufen am 30.01.2019).

UMFRAGE

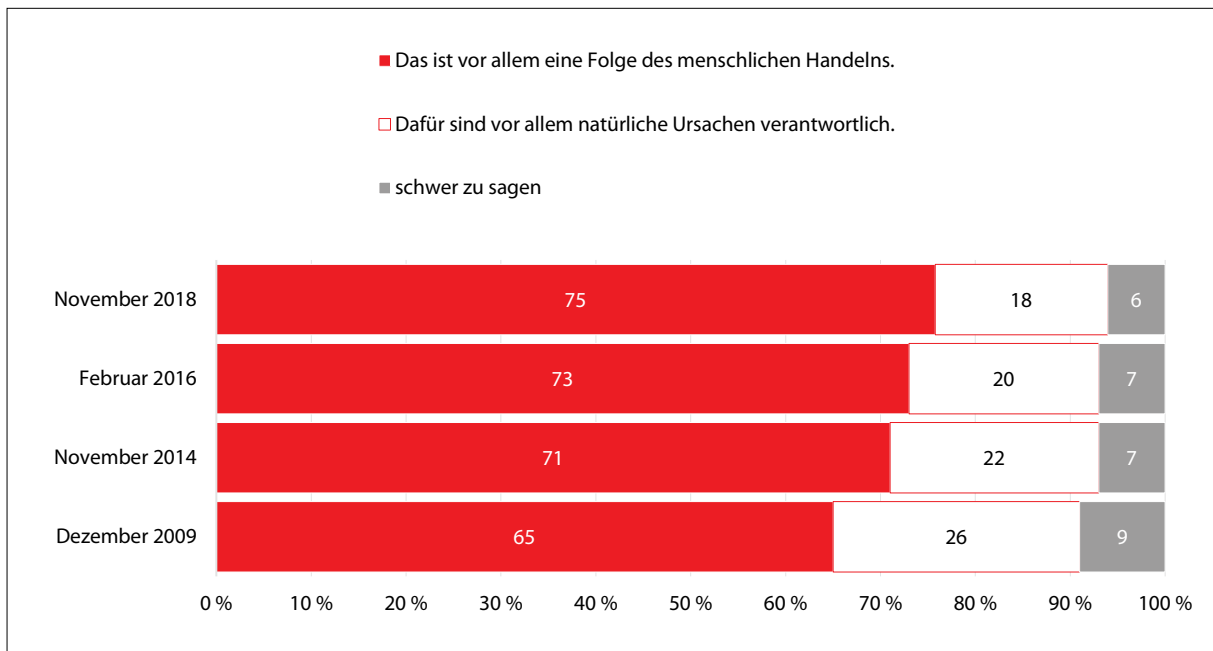
Einstellungen zum Klimawandel

Grafik 1: Wie ist Ihre Meinung zum Klimawandel?



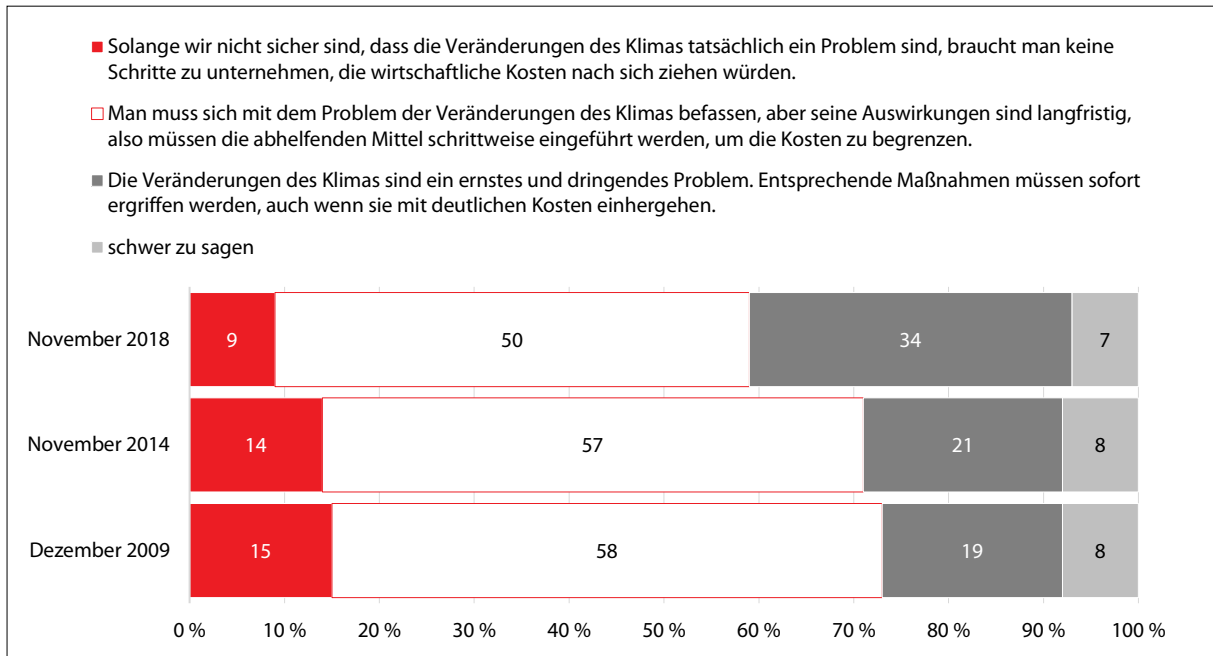
Quelle: CBOS: Komunikat z Badań Nr. 158/2018: Polacy wobec zmian klimatu [Die Polen gegenüber den Veränderungen des Klimas]. Warszawa 11/2018. www.cbos.pl

Grafik 2: Wo würden Sie vor allem die Ursachen für die Veränderungen des Klimas sehen? (%)



Quelle: CBOS: Komunikat z Badań Nr. 158/2018: Polacy wobec zmian klimatu [Die Polen gegenüber den Veränderungen des Klimas]. Warszawa 11/2018. www.cbos.pl

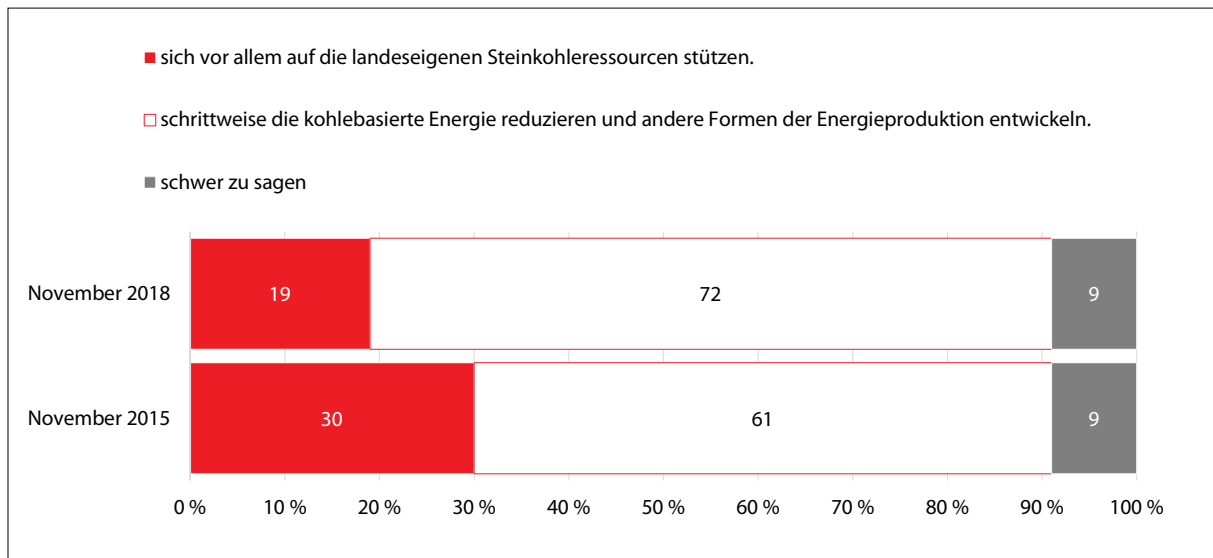
Grafik 3: Es gibt kein eindeutiges Einvernehmen, was die einzelnen Länder, darunter Polen, im Zusammenhang mit den Veränderungen des Klimas machen sollen. Welche der folgenden Meinungen ist Ihnen am nächsten?* (%)



*Diese Frage wurde nicht denjenigen gestellt, die angaben, dass es ein Phänomen wie die Veränderungen des Klimas nicht gebe.

Quelle: CBOS: Komunikat z Badań Nr. 158/2018: Polacy wobec zmian klimatu [Die Polen gegenüber den Veränderungen des Klimas]. Warszawa 11/2018. www.cbos.pl

Grafik 4: Zurzeit ist der Basis-Energieträger in Polen die Steinkohle. Sollte Ihrer Meinung nach in den nächsten 20 bis 30 Jahren die Energieproduktion in Polen... (%)



Quelle: CBOS: Komunikat z Badań Nr. 158/2018: Polacy wobec zmian klimatu [Die Polen gegenüber den Veränderungen des Klimas]. Warszawa 11/2018. www.cbos.pl

Würdigung von Paweł Adamowicz (1965 – 2019) Ein Oberbürgermeister, der Hoffnung machte

Peter Oliver Loew, Darmstadt

Paweł Adamowicz war der Oberbürgermeister der Stadt Danzig. Er lebt nicht mehr. Er wurde ermordet, auf offener Bühne, in seiner Heimatstadt, während der größten Wohltätigkeitsveranstaltung Polens am 13. Januar 2019. Seine letzten Sätze lauteten: »Danzig ist großzügig und verbindet sich mit dem Guten. Danzig will eine Stadt der Solidarität sein. (...) Es ist eine wunderbare Sache, sich auf die Seite des Guten zu stellen. Ihr seid wunderbar. Danzig ist die wunderbarste Stadt der Welt. Danke!« Wenige Sekunden später stach der Täter dreimal zu, ein kurz zuvor aus dem Gefängnis entlassener Krimineller, der meinte, sich an der liberalen Partei rächen zu müssen, unter deren Regierungszeit er verurteilt worden war. Tatsächlich hatte Paweł Adamowicz lange der Bürgerplattform (*Platforma Obywatelska – PO*) angehört, war jedoch 2015 ausgetreten.

Seit dem 13. Januar 2019 ist Polen geschockt, und am geschocktesten ist die Stadt selbst: Danzig begriff sich in den letzten beiden Jahrzehnten als Stadt der Freiheit, der liberalen Bürgerlichkeit, als Vorreiter einer Neuerfindung polnischer Identität jenseits zentralistischer Staatsvorstellungen. Diese Neudefinition ist zu einem guten Teil ein Verdienst Adamowicz: Seit er 1998 das Amt des Oberbürgermeisters (in Polen heißt es: Stadtpräsident) übernahm, eigentlich schon als Vorsitzender des Stadtparlaments seit 1994, hat er darauf hingearbeitet. Danzig hat sich in dieser Zeit tatsächlich in ungeahntem Maße verändert: Aus einer nach den Kriegszerstörungen und dem Bevölkerungsaustausch von 1945 nach wie vor zerrissenen, unfertigen Stadt, die lediglich in zwei, drei Sommermonaten auflebte, wenn Touristenströme durch die wiederaufgebauten Straßen zogen, ist ein dynamisch vibrierendes Gemeinwesen geworden, das sich in vielen Richtungen verändert hat. Der weitere Wiederaufbau der historischen Innenstadt wurde energisch vorangetrieben, die Verkehrsinfrastruktur mit enormen Investitionen verbessert, neue Stadtteile wurden erschlossen, vor allem aber erhielt die Stadt eine neue kulturelle Identität, versöhnte sich mit ihrer »deutschen« Vergangenheit. Es ist Adamowicz und seinen liberalen Mitstreiterinnen und Mitstreitern zu verdanken, dass diese sozusagen multikulturelle Erzählung über die Stadt zu einer allgemein akzeptierten lokalen Erzählung geworden ist.

Adamowicz wurde als Vertreter dieser liberalen, gleichzeitig europäischen und regionalistischen Erzählung ermordet. Polen diskutiert nun darüber, welche Rolle hierfür die dramatische Polarisierung der Gesellschaft spielt, die vor allem durch das lange marginalisierte rechte Spektrum vorangetrieben worden ist. Nachdem es unter Führung der Partei Recht und Gerechtigkeit (*Prawo i Sprawiedliwość – PiS*) 2015 an die Macht gekommen ist, hat es keine Mühen gescheut, um Polen umzukrempeln und vieles von dem, wofür das liberale Polen lange gekämpft hatte, rückgängig zu machen. Dieser Kulturkampf, maßgeblich vorangetrieben von Jarosław Kaczyński, zwingt jede Polin, jeden Polen zur Stellungnahme: Bist Du dafür, bist Du dagegen? In diesem Klima gegenseitiger Schuldzuweisungen, Beleidigungen und vor dem Hintergrund, dass den Vertretern der Liberalen und der proeuropäischen Linken von Seiten der Regierenden oft abgesprochen wird, gleichberechtigte Mitglieder der polnischen Nation zu sein, vielmehr als »Verräter« gegen ein eng definiertes »nationales Interesse« zu verstoßen, wurde Adamowicz ermordet. Insofern ist es, selbst wenn der Mörder ein psychisch gestörter Krimineller ist, auch ein politischer Mord. Polen ist erschüttert.

Paweł Adamowicz wird fehlen. Er wird auch mir fehlen. Ich, der ich mich seit einem Vierteljahrhundert intensiv mit Danzig beschäftige, habe ihn als stets für alle Vorschläge offenen, herzlichen und positiven Menschen erlebt. In vielen Gesprächen hat er immer wieder versucht, meine Skepsis über die von ihm geschaffenen Mythen und neuen Erzählungen zu zerstreuen: Danzig, eine seit jeher multikulturelle Stadt? Ein Gemeinwesen, das stets für die Freiheit kämpfte, stets auf der Seite des Guten stand? Ich blieb skeptisch, kann aber auch die Augen nicht davor verschließen, dass diese positiven Mythen Danzig verändert haben: Es wurde zu einer Stadt, die Vergangenheit und Zukunft verband und aus der Geschichte Kraft für die Zukunft schöpfte. Das gelingt nicht jeder historischen Stadt und Paweł Adamowicz hat hier Besonderes geleistet. Seine Liebe zur Stadt Danzig ging einher mit einer großen Zuneigung zu den in ihr lebenden und aus ihr stammenden Menschen. Er, dessen Familie selbst aus Wilna vertrieben worden war, schloss selbst die deutschen Vertriebenen aus Danzig in dieses Bild seiner Stadt mit ein, auch die kleinen nationalen Minderheiten (nicht zuletzt die deutsche) und neue Migranten: keine Selbstverständlichkeit angesichts nationalistischer Diskurse, die in Polen nie ausstarben und gegenwärtig neu aufblühen. Landesweit bekannte Lokalpolitiker mit einer ungebrochenen, unbesiegbaren, unverbiegbaren Leidenschaft, wie Adamowicz sie verkörperte, sind ein gutes Gegenmittel gegen eine oft abstrakt argumentierende und die Wirklichkeit verfälschende Rhetorik der Spaltung, wie

sie sich zynische, verbitterte und lediglich vom Drang nach Machterlangung und Machterhalt getriebene Politikerinnen und Politiker ausdenken.

Polen wird sich verändern. Die Ermordung von Paweł Adamowicz könnte zu einem Weckruf für alle diejenigen werden, die an ein Europa der Bürgerinnen und Bürger, an ein lokal verankertes Europa glauben, an ein Europa, das nicht von griesgrämigen Misanthropen, sondern von wahren Menschenfreunden regiert und verwaltet wird. Hier entsteht zumindest ein wenig Hoffnung in einer traurigen Zeit.

Über den Autor

PD Dr. Peter Oliver Loew ist wissenschaftlicher Mitarbeiter und Stellvertreter des Direktors in wissenschaftlichen Fragen am Deutschen Polen-Institut (Darmstadt) und Autor zahlreicher Publikationen über Danzig und Gdańsk, die deutsch-polnischen Beziehungen und Polen in Geschichte und Gegenwart.

15. Januar 2019 – 4. Februar 2019

15.01.2019	Außenminister Jacek Czaputowicz, die Außenminister Litauens, Linas Antanas Linkevičius, Lettlands, Edgars Rinkēvičs, und Estlands, Sven Mikser, treffen sich mit dem Außenminister der Ukraine, Pavel Klimkin, in Dnipro (zentralöstliche Ukraine) und mit Präsident Petro Poroschenko in Kiew. Ziel des Besuches sei, Unterstützung für die territoriale Integrität der Ukraine zu demonstrieren. Weiter fordert Czaputowicz von der EU, gegen die Expansion Russlands in der Ostukraine aktiv vorzugehen und die Entwicklung der Region des Asowschen Meeres zu unterstützen. Notwendig sei von Seiten der EU, den Druck auf Russland aktiv aufrechtzuerhalten, und auf Seiten der Ukraine, die Reformbemühungen fortzusetzen.
15.01.2019	Innenminister Joachim Brudziński teilt mit, dass die Polizei drei Personen festgenommen habe, die nach dem tödlichen Messerangriff auf den Stadtpräsidenten von Danzig (Gdańsk), Paweł Adamowicz, in der vergangenen Woche zu weiteren Morden an Politikern aufgerufen hätten.
16.01.2019	In einem Fernsehinterview sagt der Bürgerrechtsbeauftragte Adam Bodnar vor dem Hintergrund der tödlichen Messerattacke auf den Stadtpräsidenten von Danzig (Gdańsk), Paweł Adamowicz, in der vergangenen Woche, dass Polen ein enormes Problem mit Hasssprache habe, die bisher nicht wirksam bekämpft worden sei. Er verweist auf die Ermordung der britischen Lokalpolitikerin Jo Cox vor drei Jahren und ruft dazu auf, nachzudenken, wie andere Staaten verantwortungsvoll mit einem solchen einschneidenden Ereignis umgehen. Adamowicz habe die demokratischen Werte gelebt und Trennendes überwunden. Die Aufgabe sei nun, seinen Tod für die Zivilgesellschaft und die Qualität der Demokratie zu nutzen.
16.01.2019	Die Abgeordneten des Sejm gedenken des Stadtpräsidenten von Danzig (Gdańsk), Paweł Adamowicz, der vor zwei Tagen infolge einer Messerattacke gestorben war. Während der kurzen Ansprache des Vorsitzenden der Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO), Grzegorz Schetyna, und der Schweigeminuten fehlen die stellvertretenden Sejmarschalle von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS), Beata Mazurek und Ryszard Terlecki, sowie der PiS-Parteivorsitzende, Jarosław Kaczyński. Mazurek betont anschließend vor Journalisten und auf Twitter, es habe sich dabei um einen Zufall gehandelt und es solle keine Absicht unterstellt werden.
16.01.2019	Präsident Andrzej Duda trifft sich mit Mitgliedern des Landesradio- und Fernsehrates (Krajowa Rada Radiofonii i Telewizji – KRRiT). Thema des Gesprächs ist die Verantwortung der Medien für die Qualität der öffentlichen Debatte. Hintergrund ist ein Beitrag in der Hauptnachrichtensendung des regierungskontrollierten Senders TVP am Vortag im Zusammenhang mit der tödlichen Messerattacke auf den Stadtpräsidenten von Danzig (Gdańsk), Paweł Adamowicz. Dort wurden Äußerungen von u. a. Oppositionspolitikern zusammengeschnitten, die deren Verwendung von Hasssprache demonstrieren sollten.
17.01.2019	Nach der Ermordung des Stadtpräsidenten von Danzig (Gdańsk), Paweł Adamowicz, wird Aleksandra Dulcikiewicz vom Woiwoden der Woiwodschaft Pommern (województwo pomorskie), Dariusz Drelich, zur kommissarischen Stadtpräsidentin berufen. Sie war vorher stellvertretende Stadtpräsidentin für Wirtschaftspolitik. Wie Adamowicz gehört sie zum Wahlkomitee Alles für Danzig (Wszystko dla Gdańska).
17.01.2019	Das Informationszentrum der Regierung (Centrum Informacyjne Rządu – CIR) dementiert eine Meldung des Radiosenders RMF FM, dass der in der vergangenen Woche wegen Verdachts der Spionage festgenommene Piotr D. in der Kanzlei der damaligen Ministerpräsidentin Beata Szydło angestellt gewesen sei und mit dieser zusammengearbeitet habe. Der Beschuldigte habe der Expertengruppe zur Vorbereitung des Papstbesuches im Rahmen der Weltjugendtage in Krakau (Kraków) 2016 angehört.
18.01.2019	Staatssekretär Jacek Sasin, Chef des Ständigen Komitees des Ministerrates, kommentiert in einem Fernsehinterview die Abstimmung des Europäischen Parlaments vom Vortag, das sich für den »Schutz des Haushalts der Union im Falle von generellen Mängeln in Bezug auf das Rechtsstaatsprinzip in den Mitgliedsstaaten« ausgesprochen hatte (Ja: 397, Nein: 158, Enthaltungen: 69). Die Entscheidung zeige, dass die EU zunehmend von dem Modell des Staatenbundes gemeinsam vereinbarter Handlungen abrücke. Es seien unscharfe Vorschriften geschaffen worden, damit die die EU dominierenden Staaten die kleineren Staaten bestrafen können, die ihre Interessen verfolgen. Mit Blick auf die Europawahlen im Mai sollten sich das Europäische Parlament und die Europäische Kommission mit kontroversen Entscheidungen zurückhalten, so Sasin.

19.01.2019	In der Marienbasilika in Danzig (Gdańsk) findet die Beisetzung des Stadtpräsidenten Paweł Adamowicz statt, der infolge einer Messerattacke gestorben war. Vorher war der Sarg im Europäischen Solidaritäts-Zentrum (Europejskie Centrum Solidarności – ECS) aufgebahrt worden. Die Urne mit Adamowicz' sterblichen Überresten wird in einer Seitenkapelle beigesetzt. Unter den Teilnehmern des Trauergottesdienstes sind Präsident Andrzej Duda, Ministerpräsident Mateusz Morawiecki, der Präsident des Europäischen Rates, Donald Tusk, die ehemaligen Präsidenten Lech Wałęsa, Bronisław Komorowski und Aleksander Kwaśniewski, Deutschland wird vom ehemaligen Bundespräsidenten Joachim Gauck vertreten. Ca. 45.000 Personen verfolgen die Messe auf acht Leinwänden, die im Zentrum Danzigs aufgestellt wurden. Auch in Zoppot (Sopot) und Gdingen (Gdynia) sowie u. a. Warschau, Stettin (Szczecin), Posen (Poznań), Lodz (Łódź) und Breslau (Wrocław) wird die Trauerfeier öffentlich übertragen. Präsident Duda hatte Staatstrauer verhängt.
21.01.2019	In einem Interview für das Internetportal »Wirtualna Polska« appelliert Präsident Andrzej Duda vor dem Hintergrund der Ermordung des Stadtpräsidenten von Danzig (Gdańsk), Paweł Adamowicz, an alle, bei sich selbst anzufangen, um das öffentliche Leben und den Diskurs in Polen zu verbessern. Jeder solle seine Aussagen und Interneteinträge reflektieren. Dies betreffe nicht nur öffentliche Personen, denn »Hasssprache« sei auch im Umgang mit Nachbarn und Mitschülern zu beobachten.
23.01.2019	Auf einer Pressekonferenz auf dem 49. Weltwirtschaftsforum in Davos (Schweiz) sagt Präsident Andrzej Duda, Polen sei für die militärische Zusammenarbeit in der EU, allerdings dürfe sich diese nicht als Alternative zur NATO gestalten. Die NATO sei der größte Garant der gemeinsamen europäischen Sicherheit und dies solle so bleiben.
24.01.2019	Auf dem 49. Weltwirtschaftsforum in Davos (Schweiz) spricht sich Ministerpräsident Mateusz Morawiecki für die Initiative einer Union der Kapitalmärkte in der EU aus. Eine größere Integration der Kapitalmärkte der EU-Mitgliedsländer könne dem Unternehmertum der Mittelschicht eine neue Dynamik bescheren. Des Weiteren kritisiert er Steuerparadiese in Europa als Missbrauch zum Schaden der anderen EU-Länder und bekräftigt seine Zustimmung für eine Digitalsteuer.
25.01.2019	Nach der Ermordung des Stadtpräsidenten von Danzig (Gdańsk), Paweł Adamowicz, findet auf Einladung von Ministerpräsident Mateusz Morawiecki ein Treffen mit den Fraktionsvorsitzenden und den Ministern für Justiz, Inneres und Gesundheit statt. Thematisiert werden Vorschläge für Gesetzesänderungen aus dem Justiz- und dem Gesundheitsressort zur Vermeidung von gewalttätigen Angriffen wie in Danzig und zur Verbesserung der öffentlichen Sicherheit. Medienberichten zufolge handelt es sich um das erste Treffen des Ministerpräsidenten in seiner Amtszeit mit den Vorsitzenden der Oppositionsparteien.
27.01.2019	In seiner Rede bei den Hauptfeierlichkeiten zum 74. Jahrestag der Befreiung des nationalsozialistischen Konzentrations- und Vernichtungslagers Auschwitz-Birkenau durch die Rote Armee betont Ministerpräsident Mateusz Morawiecki, dass die Vernichtung von Juden, Polen und anderen Nationen nicht von den Nationalsozialisten, sondern von Hitler-Deutschland betrieben wurde. Es dürfe nicht vergessen werden, dass das Böse vom Staat ausgegangen sei, andernfalls handele es sich um eine Relativierung der Geschichte.
28.01.2019	In einem Fernsehinterview sagt der Bürgerrechtsbeauftragte Adam Bodnar, dass die Aufklärung der Umstände und die strafrechtliche Verfolgung der am Vortrag stattgefundenen Demonstration polnischer Nationalisten vor dem nationalsozialistischen Konzentrations- und Vernichtungslagers Auschwitz-Birkenau für Innenminister Joachim Brudziński und Justizminister Zbigniew Ziobro absolute Priorität haben sollte. Dies wäre die konsequente Fortsetzung der aktiven Bekämpfung der Hasssprache, die nach der Ermordung des Stadtpräsidenten von Danzig (Gdańsk), Paweł Adamowicz, von Brudziński betrieben wurde. An der Demonstration am Vortrag hatten laut Polizeiangaben 70–100 Personen teilgenommen; es wurden antisemitische Parolen verbreitet. In einer ersten Stellungnahme auf Twitter hatte Innenminister Brudziński die Demonstranten als Dummköpfe bezeichnet und eine weiter reichende Reaktion nicht für notwendig befunden. Die Polizei hatte Beweismaterial sichergestellt und der Staatsanwaltschaft übergeben.
28.01.2019	Das Zentrale Antikorruptionsbüro (Centralne Biuro Antykorupcyjny – CBA) bestätigt die Festnahme von sechs Personen im Zusammenhang mit der Untersuchung von Vorwürfen u. a. der Unwirtschaftlichkeit und Dokumentenfälschung bei Vertragsabschlüssen des Rüstungskonzerns Polska Grupa Zbrojeniowa (PGZ). Zu den Festgenommenen gehören ehemalige, zum Teil hohe Mitarbeiter des Verteidigungsministeriums in der Amtszeit von Verteidigungsminister Antoni Macierewicz (Recht und Gerechtigkeit/Prawo i Sprawiedliwość – PiS) und ehemalige Vorstandsmitglieder der PGZ.
29.01.2019	Der Ministerrat verabschiedet einen Gesetzesentwurf über Investitionen für den Bau neuer Ölpipelines sowie zum Aus- und Umbau des bestehenden Netzes.

30.01.2019	Auf Antrag der Fraktion der Polnischen Bauernpartei (Polskie Stronnictwo Ludowe – PSL) informieren Innenminister Joachim Brudziński, Justizminister Zbigniew Ziobro und die stellvertretende Gesundheitsministerin Józefa Szczurek-Żelazko den Sejm über die tödliche Messerattacke auf den Stadtpräsidenten von Danzig (Gdańsk), Paweł Adamowicz, am 13. Januar. Ziobro betont, der wegen Banküberfällen vorbestrafte Täter sei von Psychiatern damals für zurechnungsfähig erklärt worden und es sei keine Notwendigkeit bestanden, ihn prophylaktisch in die Psychiatrie einzuweisen. Szczurek-Żelazko verweist auf die laufende Überprüfung der bestehenden Regelungen zur psychiatrischen Behandlung.
31.01.2019	Die Tageszeitung »Gazeta Wyborcza« veröffentlicht weitere Gesprächsmitschnitte zwischen Jarosław Kaczyński, Parteivorsitzender von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS), dem österreichischen Unternehmer Gerald Birgfellner, dem Aufsichtsratsvorsitzenden der PiS-nahen Immobiliengesellschaft Srebrna, Grzegorz Jacek Tomaszewski, und weiteren Personen. Zwei Tage vorher waren bereits Mitschnitte veröffentlicht worden. Die Mitschnitte sollen Hinweise auf die unlautere Verquickung der PiS in Immobilieninvestitionen geben.
01.02.2019	Der Vorsitzende von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS), Jarosław Kaczyński, fordert von der Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO), von Ryszard Petru, dem Parteivorsitzenden von Jetzt! (Teraz!), und von der Mediengruppe Agora S.A., zu der die Tageszeitung »Gazeta Wyborcza« gehört, öffentliche Entschuldigungen für die Publikation von Material und Kommentaren sowie die Zahlung von Bußgeldern. Hintergrund ist, dass in der »Gazeta Wyborcza« Mitschnitte von Gesprächen zwischen Kaczyński, dem österreichischen Unternehmer Gerald Birgfellner sowie weiteren Personen veröffentlicht wurden, in dem es um die Planung des Baus zweier Hochhäuser in Warschau ging, bei denen die der PiS nahe stehende Immobiliengesellschaft Srebrna beteiligt werden sollte.
01.02.2019	Das polnische Außenministerium dementiert in einer schriftlichen Stellungnahme, dass Außenminister Jacek Czaputowicz in einem Interview für das Magazin »Der Spiegel« die Stationierung US-amerikanischer Atomraketen in Europa gefordert habe, wie es in dem Artikel wörtlich hieß. Dies gebe nicht den Inhalt des Gesprächs mit Czaputowicz wieder. Czaputowicz habe im Zusammenhang mit dem INF-Vertrag gesagt, dass der Frieden in Europa zurzeit auf der nuklearen Abschreckung basiere, die von der NATO garantiert werde. Im Interesse Europas sei die fortgesetzte Präsenz der amerikanischen Streitkräfte, darunter auch Atomwaffen. Weiter habe er deutlich gemacht, dass Polen keine Stationierung von Nuklearwaffen auf seinem Territorium wünsche. »Der Spiegel« korrigiert daraufhin seinen Artikel.
03.02.2019	In Warschau findet der Gründungsparteitag von »Frühling« (Wiosna) statt, an der Parteispitze steht der ehemalige Stadtpräsident von Stolp (Ślupsk), Robert Biedroń. Das Parteiprogramm umfasst u. a. die Forderung nach einer Mindestrente in Höhe von 1.600 Zloty, die Schließung aller Kohlebergwerke bis zum Jahr 2035 sowie die Schaffung von 200.000 Arbeitsplätzen im Sektor der erneuerbaren Energien, das Recht auf Abtreibung bis zur 12. Schwangerschaftswoche und mehr finanzielle Unterstützung für behinderte Menschen und ihre Betreuer.
04.02.2019	Elżbieta Bieńkowska, EU-Kommissarin für Binnenmarkt und Industrie, sagt in Chrzanów in einer Veranstaltung der Reihe »Bürgerdialog«, mit Blick auf die Europawahlen im Mai müsse darüber geredet werden, ob Polen Mitglied der Europäischen Union sein wolle. Derzeit würden Beratungen über den künftigen EU-Haushalt geführt, die eine Verknüpfung der Auszahlungen der EU-Mittel an die Einhaltung der Prinzipien und Richtlinien der EU vorsehen würden. Ein solches Vorgehen sei noch vor wenigen Jahren nicht vorstellbar gewesen und stelle die Prinzipien der EU in Frage.

Sie können die gesamte Chronik seit 2007 auch auf <http://www.laender-analysen.de/polen/> unter dem Link »Chronik« lesen.

ÜBER DIE POLEN-ANALYSEN

Die Polen-Analysen erscheinen zweimal monatlich als E-Mail-Dienst. Sie werden gemeinsam vom Deutschen Polen-Institut Darmstadt, der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben.

Ein Archiv der Polen-Analysen finden Sie im Internet unter www.laender-analysen.de/polen

Kostenloses Abonnement unter <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Diese Analysen finden Sie online als Lizenzausgabe auf bpb.de



Deutsches Polen-Institut Darmstadt (www.deutsches-polen-institut.de)

Das seit 1980 tätige Deutsche Polen-Institut Darmstadt (DPI) ist ein Forschungs-, Informations- und Veranstaltungszentrum für polnische Kultur, Geschichte, Politik, Gesellschaft und die deutsch-polnischen Beziehungen, die sich im Kontext der europäischen Integration entwickeln. Institutionelle Träger des DPI sind das Land Hessen, die Kultusminister der Länder, das Auswärtige Amt und die Wissenschaftsstadt Darmstadt. Einen wesentlichen Beitrag zur Verwirklichung der Institutsziele leisten private Stiftungen. Ziel der Vermittlertätigkeit des DPI ist es, »die zu interessieren, auf die es politisch, wirtschaftlich, gesellschaftlich und kulturell im deutsch-polnischen Verhältnis ankommt« (Leitlinien 1997). Es geht um die Entscheider und Multiplikatoren in Politik, Kultur, Bildung, Verwaltung, Medien und Wirtschaft. Das DPI versteht sich in Kooperation mit den Orten wissenschaftlicher Polen-Kompetenz an deutschen Hochschulen und Forschungsinstituten als verbindendes und vernetzendes Zentrum. Mit der 70.000 Bände zählenden multidisziplinären Fachbibliothek für Polen, die eine einzigartige Sammlung polnischer Belletristik in der Originalsprache und in deutscher Übersetzung umfasst, ist das DPI ein geschätzter Ort der Recherche und des wissenschaftlichen Arbeitens.

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen (www.forschungsstelle.uni-bremen.de)

1982 gegründet, widmet sich die Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen der interdisziplinären Analyse der Länder Ost- und Ostmitteleuropas in Zeitgeschichte und Gegenwart. Der Forschungsschwerpunkt liegt dabei auf der Rolle von »Dissens und Konsens«, von Opposition und Zivilgesellschaft in ihrem historischen, politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Kontext. Die Forschungsstelle besitzt in ihrem Archiv eine einzigartige Sammlung alternativer Kulturgüter und unabhängiger Texte aus den ehemaligen sozialistischen Ländern. Darunter befindet sich auch eine umfangreiche Sammlung des »Zweiten Umlaufs«, die das Schrifttum und Dokumente unabhängiger Initiativen und gesellschaftlicher Gruppen in Polen aus der Zeit von 1976 bis zum Umbruch umfasst. Hinzu kommt eine umfangreiche Bibliothek mit wissenschaftlicher Literatur. Mit Archiv, Bibliothek und zwei wissenschaftlichen Abteilungen ist die Forschungsstelle auch eine Anlaufstelle sowohl für Gastwissenschaftler als auch für die interessierte Öffentlichkeit.

Eine der Hauptaufgaben der Forschungsstelle ist die Information der interessierten Öffentlichkeit. Dazu gehören unter anderem regelmäßige E-Mail-Informationsdienste für Politik, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Medien.

Herausgeber:

Deutsches Polen-Institut, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Redaktion:

Prof. Dr. Dieter Bingen (verantwortlich) (Darmstadt) und Silke Plate M.A. (Bremen)
Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Prof. Dr. Stefan Garsztecki, Technische Universität Chemnitz
Prof. Dr. Klaus Ziemer, Kardinal-Stefan-Wyszyński-Universität Warschau

Die Meinungen, die in den Polen-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.
Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Polen-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann

Alle Ausgaben der Polen-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

ISSN 1863-9712 © 2019 by Deutsches Polen-Institut, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Kontakt: Dr. Andrzej Kaluza, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Deutsches Polen-Institut, Residenzschloss, Marktplatz 15,
64283 Darmstadt, Tel.: +49/6151/4202-20, Fax: +49/6151/4202-10, E-Mail: info@dpi-da.de, Internet: www.laender-analysen.de/polen



Kostenlose E-Mail-Dienste auf www.laender-analysen.de

@laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, dem Deutschen Polen-Institut, dem Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien und dem Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse. Alle Länder-Analysen sind auch mit Archiv und Indizes online verfügbar unter www.laender-analysen.de.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Auch als App für Android™ (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play™.

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.



Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.



Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.

